

---

## **Repressionen am Aktionstag gegen das PKK-Verbot am 28. November 2020 in Leipzig**

Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung und ihre Solidaritätsstrukturen findet vor allem im Rahmen des Verbotes der Arbeiterpartei Kurdistans, kurz PKK, statt. Dieses wurde 1993 erlassen, und seitdem in Europäischen Ländern umgesetzt. Der Kassationshof in Brüssel hatte vergangenes Jahr festgestellt, dass die PKK zu unrecht auf der EU-Terrorliste steht – dennoch wird daran vehement festgehalten. So verfolgt auch Deutschland als Nato Partner und enger Verbündeter der Türkei dieses Verbot sehr sorgfältig. Im Rahmen von § 129b StGB – Unterstützung einer terroristischen Organisation im Ausland – werden unter fahdenscheinigen Begründungen Wohnungen und kulturelle Einrichtungen gestürmt, Aktivist\*Innen jahrelang weggesperrt und sogar versucht, Familien auseinander zu reißen, wie es bei der Aktivistin und Mutter Zozan G. aus Dresden der Fall ist, der das Sorgerecht für ihre fünf Kinder entzogen werden soll. Ebenso wurden etliche Fahnen und Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung verboten. Es wird pauschal jeglicher Arbeit im Kontext der kurdischen Freiheitsbewegung, welche nicht „nur“ aus der PKK besteht, ein terroristisches Vorhaben unterstellt. So sind auch Portraits des ideologischen Vorreiters, Abdullah Öcalan verboten, welcher seit seiner Verhaftung 1999 in Isolationshaft auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali fest sitzt.

Um gegen das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans und der Inhaftierung Abdulla Öcalans zu demonstrieren, veranstalteten wir am 28. November zwei Kundgebungen. Im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen das PKK Verbot fanden sich auf der ersten Kundgebung rund 150 Leute zusammen. Es war eine sehr schöne Stimmung, es gab Redebeiträge, Musik und es wurde getanzt. Als sich nun am Ende dieser Kundgebung rund 80 Leute zur zweiten Kundgebung gegen das PKK Verbot aufmachten, wurden sie von der Polizei festgesetzt.

Wieso?

Verstoß gegen Corona Schutzverordnungen!

Unter diesem offensichtlich aus Kreativitätslosigkeit herangezogenen Grund wurden die Anwesenden von den Bullen schikaniert. Ihre Personalien wurden festgestellt, ihre Gesichter fotografiert und alle wurden aufgrund von sogenannter „Eigensicherung“ durchsucht. Nun erwarten alle eine Bußgeld in Höhe von 150 €.

Die zweite Kundgebung musste ohne die Teilnehmenden anfangen.

Wiedereinmal wurde aus politischen Gründen unser Protest kriminalisiert. Warum? Es passt einfach nicht, wenn sich Leute mit der kurdischen Befreiungsbewegung solidarisieren. Es ist dem Staat ein Dorn im Auge, wenn sie sehen das Leute aus unterschiedlichen linkspolitischen Spektren, unterschiedlichen Religionen und Ethnien für ein Projekt abseits von Staat und Patriarchat gemeinsam demonstrieren.

Denn wir brauchen diesen Staat nicht, und wir brauchen keine seiner Gewalten. Wir entziehen dem Staat unser Vertrauen. Gesetze, die den Kampf mehrerer Völker gegen ihre Unterdrückung und Auslöschung kriminalisieren. Eine Justiz, welche unsere Brüder, Schwestern, Mütter, Väter, Kinder Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde weg sperrt. Bullen, welche hierzulande morden, stehlen, Knochen brechen und unsere Würde mit Füßen treten, wo immer sie können. Sie warten abgetarnt in Bussen, gepanzert, ver mummt, bewaffnet, um rechtswidrig unsere Wohnungen zu stürmen – wie im Fall der Durchsuchungen neulich in Connewitz – und uns in Banden-Manier zu überfallen. Eigentlich ist eine Diskussion über deren Legitimation längst überfällig.

Wir wollen eine Bewegung der Gesellschaft, die sich selbst verwaltet, selbst ihr Zusammenleben organisiert – wir brauchen dazu kein Staat. Wir brauchen ihn auch in Deutschland nicht, um unser Zusammenleben zu gestalten und Projekte aufzubauen, genau so wenig, wie wir Bullen für eine vermeintliche Sicherheit brauchen. Wir wollen ohne Faschismus, Patriarchat und Unterdrückung leben. Ohne vom Kapitalismus ausgebeutet zu werden. Ohne eingeteilt zu werden in Menschen unterschiedlicher Klassen, aufgrund von Hautfarbe, Herkunft sozialen Status und Geschlecht.

Solange es Ungerechtigkeit gibt, werden wir auf die Straße gehen, wir werden uns für das demokratische Projekt Rojava, wie auch die revolutionären und feministischen Kämpfe weltweit, in Chiapas, Chile, Kolumbien usw. einsetzen. Auch hierzulande haben wir noch einiges vor uns. Die Repression zeigt uns, dass wir einen Nerv getroffen haben, eine Soko LinX zeigt uns, dass der Staat Angst vor unseren Denken und Handeln hat. Lasst uns diese Angst wahr werden lassen!

---

Weg mit §§ 129, 129a und 129b. Weg mit Soko LinX, und weg mit den Bullen, bleibt fern von unseren Demos und Einrichtungen! Auch heute!

Weg mit dem Verbot der PKK! Freiheit für Öcalan!

Freiheit für Lina!

Freiheit für alle Linkspolitischen Gefangenen!

Biji Berxedana PKK!

**Von: Rojava Solibündnis Leipzig**